



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages



Stark im Handeln – nah bei den Menschen!

Keine Kohlendioxyd-Speicherung in Ostholstein und Schleswig-Holstein verantwortbar!

**Hintergründe zum bevorstehenden CCS-Gesetz in Berlin
Scheinheilige Taktik und Debatte von CDU/CSU und FDP
SPD: Haftung der Energiemultis statt durch den Steuerzahler
Gefahren unterirdischer Lagerung von CO₂ bisher verharmlost**



Jahrelanges Engagement für die Windkraft: Bettina Hagedorn im Windpark Kesdorf (Gemeinde Süsel), einmal bei der Windparkeröffnung am 11. Mai 2002 und beim letzten Termin im Gespräch mit Nicolaus und Henning Mentz (die Söhne einer der drei Betreiberfamilien) auf der Anlage am 9. Mai 2009.

• Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 73 832 • 📠 (030) 227 – 76 920 •

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Wahlkreisbüro • Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin • ☎ (04521) 7 16 11 • 📠 (04521) 7 83 86

✉ bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Kasseedorf, im August 2009

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Speicherung von Kohlendioxid als giftigem, klimaschädlichem Abfallprodukt neuer Kohlekraftwerke vermutlich aus NRW weit unterhalb der Erdoberfläche Ostholsteins durch den Energiemulti RWE ist ein aktuell politisches „heißes Eisen“, das die CDU aus gutem Grund unbedingt aus dem jetzt beginnenden Wahlkampf heraus halten will. Erstmals öffentlich bekannt wurde dieses Vorhaben, als der CDU-Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein Dietrich Austermann dem Energiekonzern RWE im Februar 2008 die „Türen“ in Schleswig-Holstein weit öffnete, weil dieser sich von solchen industriellen Großvorhaben mitten in den Tourismushochburgen Ostholsteins und Nordfrieslands tatsächlich Positives versprach – schwer verständlich, aber durch Presseberichte von damals zu belegen: "Das ist ein großartiges Projekt. (...) Kohlendioxid unter der Erde ist besser als Kohlendioxid über der Erde" – so offen unkritisch wurde Austermann bspw. im Hamburger Abendblatt vom 13.03.08 und in den Lübecker Nachrichten vom 14.03.08 zitiert (Artikel im Anhang).



Unsere Tourismusregion Ostholstein/ Nordstorn ist auf eine intakte Natur angewiesen



Beim Besuch der Windkraftanlage Kesdorf am 9. Mai 2009

Ich bin schon im März 2008 der Initiative von CDU-Wirtschaftsminister Austermann massiv entgegen getreten: In meiner Pressemitteilung vom 27. März 2008 heißt es: „Es ist sicher kein Zufall, dass Herr Austermann jetzt - da es noch kein fertiges Bundesgesetz zur CCS-Technik gibt – fast ‚durch die kalte Küche‘ auf entscheidende Weichenstellungen für CO₂-Endlager unter den Füßen der Ostholsteiner und Nordfriesen in den beiden wichtigsten Tourismusregionen des Landes drängt. Ohne klare gesetzliche Rahmenbedingungen für diese noch völlig unausgereifte und nicht einmal perspektivisch wirtschaftliche Technik zu haben, soll offenbar mit dem Energiemonopolisten RWE Hand in Hand

das argumentative Fundament für dann angeblich ‚umweltfreundliche‘ neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel und Kiel gelegt werden. Entscheidungen solcher Tragweite ‚übers Knie zu brechen‘, ist ganz sicher nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein und Schleswig-Holstein!" Die gesamte Erklärung von damals finden Sie im Anhang.

Das Argument - wir stünden unmittelbar vor einer Energieversorgungslücke und bräuchten deshalb neue (Kohle-)Großkraftwerke - ist abwegig: in Schleswig-Holstein sind seit 2 Jahren zwei von drei Kernkraftwerken wegen nicht mehr nachvollziehbarer technischer Schlamperei vom Netz, ohne dass der Energienotstand irgendwo ausgebrochen wäre. Unsere technisch brillanten und teils „repowernten“ Windkraftanlagen an Nord- und Ostsee werden von E.on bei bestem Wind ABgeschaltet – weil E.on den Ausbau der erforderlichen Netzkapazitäten seit mindestens acht Jahren „verrödelt.“



Am 14. Mai 2008 im Windpark Krönick (bei Grömitz): mit Arnt von Drathen von der Betreiberfirma ENERCON, Michaela Homann-Speck aus Damlos für den SPD-Kreisverband und dem SPD-Landtagskandidaten Lars Winter

E.on und RWE gehören wie Vattenfall zu den vier großen Energiemonopolisten in Deutschland, die als Betreiber von Atom- und Kohlekraftwerken KEIN Interesse an regenerativen, dezentralen, umwelt- und verbraucherfreundlichen Strom- und Wärmekonzepten haben, weil sie nur als Monopolisten der Großkraftwerke ungestört „Geld scheffeln“ können – UNSER Geld als Verbraucher!

CDU-Wirtschaftsminister Austermann setzte sich am 14. März 2008 im Bundesrat sogar FÜR eine Genehmigung der umstrittenen CCS-Technologie inklusive unterirdischer Speicherung des Kohlendioxids (in Schleswig-Holstein und Ostholstein!) nach BERGBAURECHT ein und erklärte: "Die Sicherung der Energieversorgung erzwingt den Neubau von fossil befeuerten Kraftwerken als Brückentechnologie. (...) Die Alternative (Anm.: zur Speicherung auf dem Meeresgrund) besteht darin, CO2 in sichere, etwa 1000

Meter unter der Erde gelegene Schichten zu verbringen. Diesen Weg wollen wir in Schleswig-Holstein mit Mineralölunternehmen und Wissenschaftlern erproben. (...) Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag¹ hat deutlich gemacht, dass diese Technik nicht im Abfall-, sondern im Bergrecht anzusiedeln ist" (die komplette Rede finden Sie im Anhang). Fakt ist jedoch, dass das Bergbaurecht gesetzlich nur bei einer ZWISCHENlagerung – niemals jedoch bei einer ENDLagerung –greifen kann. Im Gegensatz dazu beschloss die SPD-Schleswig-Holstein schon damals mit ihrem Umweltforum (dessen Gründungsmitglied ich schon in den 90er Jahren war) eine sehr kritische Grundposition zum Thema CCS, in der es u.a. hieß: "Der Bau neuer Kohlekraftwerke kann nicht mit dem Hinweis auf die spätere Einführung der 'Carbon Capture und Storage'-Technologie (CCS) zur Kompensation der CO₂-Emissionen legitimiert werden. (...) Die gegenwärtig untersuchten Verfahren verursachen relativ hohe Kosten, hohe energetische Verluste und stecken noch in einem frühen Forschungsstadium. (...) Die Frage nach ausreichend geeigneten Lagerungskapazitäten ist weltweit nicht geklärt. (...) Außerdem bestehen Sicherheitsrisiken vor allem bei einer angedachten Lagerung für 1.000 bis 10.000 Jahre." Die vollständige Stellungnahme finden Sie im Anhang.

Einige Tatsachen vorab

Fakt ist: CCS ist keine „Brückentechnologie“ hin zu erneuerbaren Energien! Erneuerbare Energien sind JETZT massiv ausbaufähig, die CCS-Technologie gilt frühestens (vielleicht) ab 2020 als einsatzfähig – als finanziell konkurrenzfähig selbst dann nicht, weil wahnsinnig teuer und nicht sehr energieeffizient. Wenn heute Kohlekraftwerke auf dieser technologischen Basis gebaut würden, die auf 40 Jahren Laufzeit kalkuliert werden müssten, dann bedeutet das unter energieökonomischen Kriterien deren Einsatzerfordernis bis 2060! Mit anderen Worten: Entweder müsste die weitere dynamische Einführung erneuerbarer Energien zwischenzeitlich wider besseres Wissen und politische Vernunft gestoppt werden oder die kostspieligen CCS-Kohlekraftwerke werden unausweichlich zu Investitionsruinen. Da die vier Energiemonopolisten keine Investitionsruinen zulassen werden, ist also klar, dass



Jetzt massiv ausbaufähig: Windanlagen in Ostholstein

¹ Das TAB ist eine selbständige wissenschaftliche Einrichtung, die den Dt. Bundestag berät und vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Forschungszentrums Karlsruhe betrieben wird.

Diese Sicht teilt der Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen in seinem Memorandum „Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung“. Ausgehend von der Feststellung, dass „eine vollständige Strombedarfsdeckung mit erneuerbaren Energien bis 2050 möglich ist“, kommt er zum Ergebnis, „die sich abzeichnende Entscheidung für den zurzeit diskutierten erheblichen Neubau von Grundlastkraftwerken wäre damit eine Entscheidung gegen einen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien“. Die energiepolitische Debatte werde auf die Frage „Kohle oder Kernenergie?“ eingeschränkt. Die zentrale Frage der Zukunft sei aber „Stromversorgung auf der Basis von Grundlastkraftwerken (Kohle und/oder Kernenergie) oder auf der Basis erneuerbarer Energiequellen“. Außerdem warnt er vor der Nutzungskonkurrenz zwischen CO₂-Endlagerstätte und unterirdischem Speicherbedarf für Strom aus erneuerbaren Energien etwa in Form von Durchluftkraftwerken, geothermischer Energienutzung oder Biogas speichern.



Gemeinsamer Besuch mit Umweltminister Sigmar Gabriel am 15. Mai 2008 beim Holzheizwerk in Ratekau, welches für CO₂-neutrale Energieversorgung durch Nahwärme steht (li.) sowie bei der Solarnova Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH in Wedel / Schleswig-Holstein (re.)

Fakt ist weiterhin: Die gegenwärtig untersuchten CCS-Verfahren verursachen relativ **hohe Kosten, hohe energetische Verluste** und stecken noch in einem **frühen Forschungsstadium**. Auch die Transporte (über 500 km vorgesehener Pipelinebau!!!) von CO₂ von den Kraftwerken (in NRW) zu den vorgesehenen Endlagern (in Schleswig-Holstein) und die geologische Eignung solcher Endlagerstätten sind mehr als fragwürdig. Der Transport auf langen Strecken mit LKWs, Pipelines oder Schiffen ist unwirtschaftlich, ökologisch kontraproduktiv und bei über 500km Transport quer durch Deutschland offensichtlich ohne die Akzeptanz der Bevölkerung nicht durchsetzbar. Die von RWE & Co gedachte Lagerung in entleerten Öl- und Gasfeldern setzt erhebliche und kostspielige geologische Untersuchungen voraus, wenn sie überhaupt der erforderlichen höchsten Sicherheit genügen sollen – können und wollen wir uns darauf verlassen?

Fakt ist außerdem: Die **Risiken für die Qualität unserer Böden und unseres Trinkwassers** sind noch längst nicht absehbar. Man muss wissen, dass in unseren Kreisen Trinkwasser bis zu einer Tiefe von 300 Metern gefördert wird. Unterhalb einer Tiefe von 300 Metern wird das Wasser allerdings salzhaltig. Die berechtigte Befürchtung ist nun, dass ein Einpressen von CO₂ zur Verdrängung des salzhaltigen Wassers und damit zu einer Vermischung mit dem Trinkwasser kommt. Die daraus resultierenden, negativen Konsequenzen für die Versorgung der Bevölkerung sind heute nicht einmal ansatzweise abschätz- und kalkulierbar.

Konflikt um ein Gesetz

Fakt ist aber auch: im **April 2009 trat eine EU-Richtlinie zur Abscheidung und unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid verbindlich für ganz Europa in Kraft**, die das Europaparlament mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit im Dezember 2008 beschlossen hat. Die europäische Rahmenrichtlinie gibt eine Haftungszeit der Betreiber für Kohlendioxid-Endlager von mindestens 20 Jahren vor – das ist aber völlig unakzeptabel und für Deutschland auch nicht verbindlich.

Im deutschen **Kabinettsentwurf vom April 2009 sind 30 Jahre Haftung für die Energiemonopolisten vorgesehen – immer noch viel zu wenig aus Sicht der SPD – die CDU/CSU fordert aber die Begrenzung auf 20 Jahre!** Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Katharina Reiche brandmarkte im Frühjahr 2009 als Verhandlungsführerin der Union beim CCS-Gesetz öffentlich eben diese Regelung als „wirtschaftsfeindliche CCS-Verhinderungsstrategie“ und forderte für die CDU die Verantwortlichkeit für die Lagerstätten auf nur 20 Jahre zu begrenzen. "Die Haftungsregeln, die das BMU vorgeschlagen hat, müssen entschärft werden", so Reiche in ihrer Pressemitteilung vom 22. März 2009. Doch auch von der FDP kommen ähnliche Argumente - der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Gewässerschutz, Umweltplanung und Entsorgungswirtschaft Horst Meierhofer bezeichnete die CCS-Technik am 6. Mai im Plenum des Deutschen Bundestages als „große Chance für die Zukunft“ und stellte in Frage, „ob es vernünftig ist, die Haftung in Deutschland auf mindestens 30 Jahre auszudehnen, zumal man davon ausgehen muss, dass andere Länder nicht so vorgehen werden.“ Aus meiner Sicht aber muss das Verursacherprinzip gelten! **Dieser Konflikt um das Haftungsrisiko wird mit der Bundestagswahl am 27. März entschieden – es geht bei dieser Frage um Milliarden – zu Lasten der Konzerne oder zu Lasten der Steuerzahler!**

Zwei Jahre hat die Bundesrepublik ab April 2009 Zeit, für die europäische CCS-Rahmenrichtlinie nationales Recht zu schaffen – falls Deutschland diese Richtlinie nicht rechtzeitig in nationales Recht umsetzt, droht ein teures Vertragsverletzungsverfahren.

Also: EGAL, WER am 27. September MIT WEM regiert – ein CO2-Gesetz wird JEDE künftige Regierung in Deutschland beschließen MÜSSEN. **Die Frage an die Wähler lautet also einzig und allein: WELCHEN politischen Parteien trauen sie zu, ein solches Gesetz mit einem Höchstmaß an Bürgerrechten, an Haftungspflichten für die Betreiber und an Risikoentlastung für den deutschen Steuerzahler zu verabschieden? Meine Aufforderung ist: lassen Sie sich nicht blenden und schauen Sie genau hin!**

Dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stets die CDU/CSU und die FDP – in den 90er Jahren sogar in der **Verantwortung der damaligen Umweltministerin der Kohl-Regierung Angela Merkel** – waren, die zu Lasten der nächsten Generation und des Steuerzahlers und zu Gunsten der Energiemonopolisten und der Atomlobbyisten fortwährend Umweltrisiken „verniedlicht“ und Haftungsrisiken dem Steuerzahler aufgebürdet haben, beweisen die katastrophalen



Abschreckendes Beispiel für Verantwortungslosigkeit der großen Energiemultis als Betreiber von Kraftanlagen: Der Schrottreaktor Krümmel (Vattenfall)

Atomlager in Morsleben, im WAK Karlsruhe, in Jülich und dem niedersächsischen Asse, wie der **SPIEGEL vom 20.7.2009** ausführlich geschildert hat. („Zurück an den Absender“ – Streit zwischen CDU/CSU und SPD über die milliardenschweren Kosten der strahlenden Ruinen und Endlager: wer zahlt – „die Konzerne oder der Staat?“ – Artikel in der Anlage)

Zum Hintergrund: Die Große Koalition in Berlin hatte sich eigentlich gemeinsam vorgenommen, noch VOR der Sommerpause ein CCS-Gesetz auf den Weg zu bringen, das vorrangig Modellvorhaben ermöglichen sollte, die als Forschungsprojekte Fördergelder der EU in dreistelliger Millionenhöhe hätten erhalten sollen. Der Streit in der Koalition begann bereits damit, WER die Federführung für das Gesetz haben sollte – das industriefreundliche, CSU-geführte Wirtschaftsministerium oder das Energiekonzern-kritische Umweltministerium mit Sigmar Gabriel (SPD) an der Spitze - der Streit im Kabinett ging – wie immer im Merkel-Kabinett – aus wie das „Hornberger Schießen“: BEIDE erhielten GEMEINSAM die Federführung. An dem im April 2009 verabschiedeten Kabinettsentwurf schieden sich „die Geister“ in der Koalition – wie die kontroverse Debatte im Deut-

schen Bundestag bei der 1. Lesung am 6. Mai 2009 belegt. Während Umweltminister Gabriel (SPD) sagte, "Die CCS-Technik ist kein Königsweg in Sachen Klimaschutz" und der Umweltpolitiker Marco Bülow (SPD) klarstellte, "CCS wird die Effizienz von Kraftwerken deutlich mindern und



15. Mai 2008: Besuch des Kieler Geomar-Instituts mit Umweltminister Sigmar Gabriel zum Thema Klimawandel – mit Institutsleiter Prof. Dr. Peter M. Herzig (re.) und einem der führenden Wissenschaftler im Klimawandel: Prof. Dr. Mojib Latif (li.)

damit den Preis für die Vermeidung einer Tonne CO₂ noch oben treiben", erklärte der Parl. Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium Hartmut

Schauerte (CDU): "CCS ist ein Weg, die CO₂-Problematik beim Kohleeinsatz, insbesondere beim Braunkohleeinsatz, soweit zu reduzieren, dass die Umweltverträglichkeit der Kohle gewährleistet ist und sie weiterhin eine wichtige Rolle in der Energiepolitik spielen kann." Auch seine Parteikollegin Marie-Luise Dött machte deutlich: "Die Abtrennung und Einlagerung von CO₂ kann ein Weg für eine klimaverträgliche Kohlenutzung sein". Der Wunschpartner der Union zur Umwertung der CCS-Technik, die FDP, ließ durch Horst Meierhofer erklären: "Weil wir keine Alternative haben, ist es wichtig, die CCS-Technologie zu fördern und nicht zu verhindern."

Schon damals hatte ich eine sehr kritische Einschätzung, ob es gelingen könnte, die sehr kontroversen Sichten von CDU/CSU einerseits und SPD andererseits zum Konsens zu führen. In meiner am 18. April 2009 in allen Ausgaben der Lübecker Nachrichten veröffentlichten Kolumne 'Bericht aus Berlin' schrieb ich damals: "In diesen Wochen tritt eine EU-Richtlinie zur Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid in Kraft, die das Europaparlament im Dezember 08 beschlossen hat – 2 Jahre hat die Bundesrepublik jetzt Zeit, hierfür nationales Recht zu schaffen. In Berlin macht vor allem das Wirtschaftsministerium „Dampf“ und will ein entsprechendes Gesetz noch VOR der Sommerpause durch den Bundestag bringen. Für diese Eile aber gibt es keinen Grund – außer den Druck der Energiemonopolisten wie RWE und E.on, die auf die 300 Mio. Euro umfassende EU-Förderung ab 2015 der europaweit zwölf Pilotvorhaben „schielen“. Der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister Austermann hatte bereits im Februar 2008 zusammen mit RWE dafür geworben, dass so ein Pilotvorhaben ausgerechnet in Schleswig-Holstein entstehen könnte und die Weichen auch in Ostholstein für eine CO₂-Endlagerung gestellt – die

Zuständigkeit dafür wollte er nach Bergbaurecht in Länderhoheit ansiedeln, obwohl das Bergbaurecht für eine Endlagerung gar nicht greift.

Welch eine Verharmlosung des Gefährdungspotentials der CCS-Technologie, die weltweit noch in den Kinderschuhen steckt! Das Bundeskabinett hat nun zwar am 1. April auf Druck „interessierter Kreise“ einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Erprobung und Entwicklung der so genannten CCS-Technik regeln soll – die Zeit bis Ende Juni, dieses folgenschwere Regelwerk samt Expertenanhörung angemessen im Bundestag zu beraten, halte ich aber für zu knapp und darum utopisch,



Bewährte Technologie: beim Besuch der Windkraftanlage Kesdorf bei ihrer Eröffnung am 11. Mai 2002

denn zwischen SPD- und CDU/CSU-Fraktion gibt es reichlich Konflikte zu diesem brisanten Thema:

z.B. sieht der Gesetzentwurf vor, dass schon 30

Jahre nach Stilllegung eines CO₂-Speichers die Verantwortung für dessen Risiken auf den Staat übergehen sollen trotz bislang vollkommener Unkenntnis über die Langzeitsicherheit – die stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende Katharina Reiche brandmarkt diese Regelung als „wirtschaftsfeindliche CCS-Verhinderungsstrategie“ und will die Verantwortlichkeit für die Lagerstätten auf 20 Jahre (!) für die Energieversorger begrenzen – ich hingegen stehe mit vielen SPD-Kollegen dafür, dass selbst 30 Jahre viel zu kurz sind: der Atommüll in Asse lässt grüßen! Das Verursacherprinzip muss gelten - es wäre unverantwortlich, wenn die Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke bauen und damit dicke Gewinne einstreichen wollen, gleichzeitig dem Staat und Steuerzahler die finanziellen und ökologischen Risiken überlassen dürften! So wird wohl erst NACH der Bundestagswahl eine neue Koalition das Gesetz auf den Weg bringen – und der Bürger muss entscheiden, wem er die Verantwortung dafür anvertrauen will."

In den folgenden Wochen entstand ausgerechnet im betroffenen **Nordfriesland – dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten Carstensen (CDU) in Schleswig-Holstein – ein „Massenaufstand“**: zehntausende von Menschen gingen im Mai 2009 „auf die Barrikaden“ und protestierten in zahllosen Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen gegen die geplante CO₂-Speicherung in ihrer Region. Gleichzeitig protestierte die mächtige CSU in Bayern – und die Kanzlerin fürchtete CDU/CSU-Verluste bei den bevorste-

henden Wahlen. Also: die CDU/CSU brach die Beratungen über das CCS-Gesetz Mitte Juni ab – in der Hoffnung, es NACH der Wahl in schwarz-gelber Koalition VIEL industriefreundlicher als jetzt mit der SPD auf den Weg bringen zu können. Und: die CDU/CSU „verkaufte“ es in den Medien als „ihren Erfolg“, das vermeintliche „Gabriel-Gesetz“ vorerst gestoppt zu haben. Welch eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger!

Zwar ist das Gesetz zumindest bis zur Bundestagswahl im September „vom Tisch“ – aber dieses ist für CCS-Kritiker nur ein vermeintlicher Erfolg: ich mahne zu Vorsicht - Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Die Vertagung auf die nächste Legislaturperiode ist reine Wahltaktik der Union. Sie nimmt die Proteste aus Schleswig-Holstein zum Anlass, um Zeit zu „schinden“ und vertraut in Wahrheit darauf, dass sie ihre Vorschläge für eine industriefreundlichere Verschärfung des CCS-Gesetzes zusammen mit der FDP nach der Wahl leichter durchsetzen kann. Während die CDU aktuell den Eindruck zu erwecken versucht, sie sei CCS-kritisch eingestellt und werde die Anliegen der betroffenen Bürger berücksichtigen, hat sie in Wahrheit in den Verhandlungen der vergangenen Monate mit der SPD alles unternommen, um die Bürgerrechte massiv zu beschneiden und die Einlagerung für die Energieunternehmen möglichst einfach und billig zu machen.

Fazit: Entwarnung kann keineswegs gegeben werden. Es steht zu erwarten, dass die Union – in der Hoffnung auf eine schwarz-gelbe Koalition – das Gesetzesvorhaben nach der Wahl unverzüglich aufgreifen und sich für eine schnelle Schaffung von unterirdischen Speicherkapazitäten in Schleswig-Holstein einsetzen wird.

Vergessen wir nicht: Auch unser Heimatwahlkreis Ostholstein ist weiterhin neben Nordfriesland als Lagerstätte im Gespräch, seitdem der damalige schleswig-holsteinische CDU-Wirtschaftsminister Austermann im Februar 2008 zusammen mit der RWE dafür geworben hat, ein solches Pilotvorhaben in Schleswig-Holstein durchzusetzen!



Gefahr für Umwelt und Natur, Konkurrenz für den Ausbau erneuerbarer Energien durch unterirdische CO₂-Speicher:

Folgende **Forderungen hat die Union** in den Verhandlungen mit der SPD **seit April 2009 erhoben:**

- 1. Die Energieversorgungsunternehmen sollten bereits auf der Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses mit dem Bau und der endgültigen Einlagerung von CO₂ beginnen können, ohne dass die Entscheidung vorher hätte gerichtlich überprüft werden können.** Damit wären die betroffenen Grundstückseigentümer in ihren Rechtsschutzmöglichkeiten in verfassungswidriger Weise beschränkt worden. Wenn die Union nun heute vorgibt, zum Schutz dieser Landwirte und Grundstückseigentümer den Anwendungsbereich auf ein Demo-Gesetz zu beschränken, ist dieses das Gegenteil von dem, was sie bisher in Berlin vertreten hat.
- 2. Die Absenkung des Sicherheitsstandard auf den niedrigen „Stand der Technik“:** Vor dem Hintergrund, dass es für die neue CCS-Technologie noch KEINEN Technikstandard gibt und dieser erst entwickelt werden muss, ist diese Forderung weder praktisch umsetzbar noch verantwortbar gegenüber künftigen Generationen.
- 3. Die Ablehnung einer Vorrangregelung für Geothermie:** damit hätte die Gefahr bestanden, dass Energiemultis frühzeitig nach dem „Windhundprinzip“ ihre „Claims“ hätten abstecken und für zukünftige Geothermie ausschließen können.
- 4. Die Ausweitung der Duldungspflicht für Grundstückseigentümer durch eine Vorverlegung der Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses.**
- 5. Die weitere Verschärfung der Haftungsregelung zu Lasten der Grundstückseigentümer:** Der Betreiber (also RWE) sollte bereits von der Haftung für höhere Gewalt befreit werden, wenn er den Nachweis eines „bestimmungsgemäßen Betriebes“ hätte dokumentieren können.
- 6. Die Berechnung der Deckungsvorsorge am Leckagerisiko.**
- 7. Die Verkürzung des Zeitraums für den Verantwortungsübergang (vom Betreiber auf den Steuerzahler) von 30 Jahren (Kabinettsentwurf) auf 20 Jahren („Wunschziel der CDSU/CSU).**
- 8. Die Ausweitung der Übergangsbestimmungen auf bergrechtliche Genehmigungen, in die das Verfahren nach dem CCS-Gesetz überführt werden sollte.** So hat sich die Union stets in den Verhandlungen mit der SPD dafür ausgesprochen, die Zuständigkeit bei der CO₂-Speicherung in Anlehnung an das „Bergrecht“ in Länderhoheit anzusiedeln, obwohl das Bergrecht für eine Endlagerung ganz klar nicht greift. Da bei der CO₂-Verpressung nichts aus dem Boden geholt wird, sondern vielmehr unerwünschte Abfallprodukte der Energieerzeugung deponiert bzw. abgelagert werden, wäre nur eine Lösung unter Berücksichtigung maßgeblicher Aspekte des Abfallrechts rechtsstaatlich in Frage gekommen.



Die **fünf norddeutschen SPD-Landesverbände Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein** haben am **26. April 2009** einen gemeinsamen Beschluss gefasst zur CCS-Technologie gefasst, der ausschließlich Forschungsanlagen zwar

grundsätzlich befürwortet, dem im Kabinettsentwurf gewählten Verfahren aber sehr skeptisch gegenübersteht. Tenor: So viel regenerative Energie wie möglich und so viel fossile Energie wie nötig - insgesamt wird dort aber bis spätestens Ende des Jahrhunderts eine Substitution ALLER fossilen Brennstoffe in der Strom- und Wärmeversorgung festgelegt – dazu MUSS der Neubau von Kohlekraftwerken ab sofort NUR auf den ER-SATZ von bestehenden Altkraftwerken BEGRENZT (maximal 7-8 bundesweit) und mit Kraft-Wärme-Kopplung ZWINGEND verbunden werden. Dieser Beschluss folgt dem **SPD-Bundesparteitagsbeschluss im „Hamburger Programm“ vom Oktober 2008**, in dem es heißt: "Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung."

Eine energiepolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit der CO₂-Endlagerung gibt es aus folgenden zwei Gründen nicht – selbst dann nicht, wenn man für eine unbestimmte Zeit den Einsatz von Kohle zur Stromerzeugung für unverzichtbar hält. Es gibt dazu nämlich zwei klimaschützendere und praktische Alternativen:

- Zum einen die die bereits genannte politisch verbindlich zu machende Verknüpfung einer Stromerzeugung aus Kohle mit der vollständigen Auskoppelung und Nutzung der Wärme, letzteres sowohl für Wärme- als auch für Kühlbedarfe.
- Die zweite **Alternative** zu einer Endlagerung von abgeschiedenem CO₂ ist dessen **Wiederverwertung**. Ein durchdachter technologischer Ansatz dafür sind neue Kohlenstoffbindungen, etwa durch die Produktion von Algen unter natürlichem Lichteinfluss in durchsichtigen Röhren – eine Art künstlicher Erzeugung von Biomasse für erneuten Energieeinsatz oder für den Grundstoffbedarf der chemischen Industrie. Die Biomasse-Produktionskapazität ist jetzt hierbei bis zum Faktor 100 höher gegenüber agrarischer Biomasse. Daran arbeiten mittlerweile

schon zahlreiche Institute und Firmen weltweit, auch in Deutschland. Es gibt sogar erste praktische Anwendungen.

Deshalb hat der SPD-Bundesparteitag am 14. Juni 2009 zum Regierungsprogramm (S. 28) auf Initiative der SPD Schleswig-Holstein zusammen mit meinem Kollegen MdB Hermann Scheer beschlossen:
„Dabei soll die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung haben und die Unternehmen müssen auf der Grundlage der höchsten Umwelt-standards die Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten. Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen.“



Gemeinsam mit Dr. Hermann Scheer, MdB (m.) einem der schärfsten Kritiker von CO₂-Speichern und Träger des alternativen Nobelpreises, hier mit Manfred Jaeger (r.) bei einer Veranstaltung am 18. August 2005

Der im April 2009 vom Merkel-Kabinettt vorgelegte CCS-Gesetzentwurf war aus vielen Gründen so nicht zustimmungsfähig - unter anderem auch gerade aufgrund der **mangelnden Beteiligung der betroffenen Bürger bzw. Grundstückseigentümer vor Ort bei Planung und Genehmigung der Speicheranlagen – genau dagegen richtete sich auch zu Recht der Bürgerprotest in Nordfriesland.**

Massive Gefahren der CCS-Technologie

Momentan reichen die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die CCS-Technologie und deren Gefahrenpotenzial noch längst nicht aus, als dass Vorbereitungen zu einer großflächigen Speicherung begonnen werden sollten. Auf folgende exemplarisch genannte Gefahren haben wir immer wieder hingewiesen:

1. Obwohl die langfristigen Auswirkungen der Technologie noch nicht hinreichend erforscht sind, soll CO₂ in großem Ausmaß eingelagert und damit **für Generationen unumkehrbare Fakten geschaffen** werden. Dabei sollen die Verursacher nur bis zu einer Zeitspanne von 30 Jahren für Schäden und Unglücksfälle haften. Ein unkalkulierbares Risiko, welches der Allgemeinheit und vor allem den nachfolgenden Generationen in unserer Region aufgelastet wer-

den soll. Das **Verursacherprinzip muss gelten** - es wäre unverantwortlich, wenn die Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke bauen und damit enorme Gewinne einstreichen wollen, gleichzeitig dem Staat und Steuerzahler die finanziellen und ökologischen Risiken überlassen dürften.

2. Nicht die technische Abscheidung von CO₂ im Kohlekraftwerk ist das Problem, sondern die Endlagerung und der dazugehörige Pipeline-Bau. Man muss wissen: Das endgelagerte CO₂ darf nie wieder entweichen! Wir handeln uns damit ein neues Jahrtausendproblem ein, weil es **keinerlei Gewähr dafür gibt, dass das CO₂ – ein aggressives Gas – nicht doch entweicht**. Erst nach 100 Jahren gibt es nach den dem CCS-Gesetz zugrunde gelegten Erkenntnissen eine auch nur relative Sicherheit.

Ein **warnendes Beispiel** sind die Erfahrungen mit der **Endlagerung radioaktiver Abfälle** im **Endlager Asse**, die jüngst zu Recht einen Eklat ausgelöst haben. Der Politik und der Öffentlichkeit wurde von der Crème de la Crème der öffentlich bezahlten Geo- und Atomwissenschaftler über Jahre die Unbedenklichkeit bescheinigt, was bei CO₂-Endlagerung selbst noch keiner zu versichern wagt. Asse II galt einmal als gesichert trocken. Und dennoch hat sich in weniger als 30 Jahren herausgestellt, dass davon keinerlei Rede sein kann und sich in den Asse-Stollen die radioaktiv verseuchte Salzsuppe sammelt. Erklärungen, wie die erheblichen Wasserströme dennoch in den trockenen Lagerstollen entstehen konnten, haben die Geowissenschaftler bis heute nicht. Nach diesen Erfahrungen ist das praktische Vertrauen in die geowissenschaftlichen Unbedenklichkeitszusicherungen unverantwortlich. Wir müssen aus den nicht eingehaltenen wissenschaftlichen Ewigkeitsversprechen von endgelagerten aktiven Stoffen die notwendigen politischen Konsequenzen ziehen. Es ist absolut unverantwortlich angesichts dieser Erkenntnis, künftigen Generationen noch ein Jahrtausendrisiko aufzubürden.

3. Das Argument der CDU/CSU und FDP Chor“ mit den Energiemonopolisten, wir sollten die CO₂-Endlagerung „versuchen“, weil China und Indien die CCS-Option brauchen (und wir sie ihnen dann liefern und „unsere“ Unternehmen Geschäfte machen könnten), ist falsch – LIEFERN kann und wird Deutschland höchstens die CO₂-Abscheidetechnik,



„im

"Exportschlager" Erneuerbare Energien: gemeinsam mit meinem Sohn Jan, der mittlerweile erfolgreich in der Windkraftbranche in Frankreich tätig ist



die man auch OHNE Endlagerung des Kohlendioxyds entwickeln kann (im Zusammenhang mit der vernünftigeren Wiederverwertung). Wenn es darum geht, die Technologie für den Bedarf Chinas und Indiens vielleicht zu exportieren, so ist eines klar: Endlagerstätten lassen sich nicht exportieren und Pipelines können und würden diese Län-

: - falls es andere Länder nicht selber können - ist die

Abscheidetechnik, für die man keine risikoreiche Endlagerung in deutschen Tourismus(!)regionen braucht, wenn man stattdessen den einzig vernünftigen Weg des Recyclings geht.

Die Argumente, man müsse die CO2-Endlagerungs-Option aus Gründen des Klimaschutzes, unserer technologischen Exportfähigkeit und der Unverzichtbarkeit weiterer Kohleverstromung aufmachen (um damit am Atomausstieg festhalten zu können), sind damit hinfällig. Das Argument, dass wir das machen müssten, weil es andere auch oder ohnehin machen, ist unmaßgeblich.

Nun wird erst nach der Bundestagswahl eine neue Koalition ein CCS-Gesetz auf den Weg bringen – und der Bürger muss entscheiden, wem er die Verantwortung dafür anvertrauen will.

Ihre

Bettina Wagedon

CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS)

Definitionen

Als **Carbon Capture and Storage (CCS)** wird die Abtrennung von Kohlendioxid aus Rauchgas-, Brenngas- oder Industriegasströmen und dessen anschließende dauerhafte Ablagerung in geeigneten unterirdischen Lagerstätten bezeichnet.

Die drei Stufen der CCS-Technologie

Die CCS-Technologiekette besteht aus drei Schritten: der Abtrennung des möglichst konzentrierten CO₂ am Kraftwerk, seinem Transport zur Lagerstelle und der eigentlichen Speicherung unter der Erdoberfläche.

Für die **Abtrennung** des CO₂ gibt es drei Möglichkeiten: Es kann nach der Verbrennung aus den Abgasen herausgefiltert werden, der Kohlenstoff kann schon vor dem eigentlichen Verbrennungsprozess aus dem Energieträger entfernt werden, oder die Verbrennung kann in einer Sauerstoffatmosphäre durchgeführt werden, damit als Abgas (fast) nur CO₂ entsteht. Der Aufwand mindert den Wirkungsgrad der Kraftwerke, da für den Abtrennungsprozess Energie benötigt wird.

Für den **Transport** muss das CO₂ nach der Abscheidung verdichtet werden. Der Energieverbrauch hierfür entspricht einem Verlust an Kraftwerkswirkungsgrad um etwa 2 bis 4 %-Punkte. Für die in Kraftwerken anfallenden großen Mengen (in einem Kohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1.000 MW entstehen etwa 5 Mio. t CO₂/Jahr) kommen als Transportmittel vor allem Schiffe und Pipelines infrage.

Für die langfristige geologische **Speicherung** von CO₂ kommen insbesondere entleerte Öl- und Gasfelder sowie sog. saline Aquifere in Betracht. Vor allem Letztere sollen in Schleswig-Holstein zur CO₂-Speicherung genutzt werden.

Saline Aquifere sind hochporöse mit stark salzhaltiger Lösung (Sole) gesättigte Sedimentgesteine. Ihr Porenraum soll zur CO₂-Aufnahme genutzt werden. Dabei wird ein Teil der Sole verdrängt.

Bericht aus Berlin

Irrweg

L.M.-Nr. 18.4.09



In diesen Wochen tritt eine EU-Richtlinie zur Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid in Kraft, die das Europaparlament im Dezember 2008 beschlossen hat – zwei Jahre hat der Bund jetzt Zeit, hierfür nationales Recht zu schaffen.

In Berlin macht vor allem das Wirtschaftsministerium „Dampf“ und will ein entsprechendes Gesetz noch vor der Sommerpause durch den Bundestag bringen. Für diese Eile aber gibt es keinen Grund – außer den Druck der Energiemonopolisten wie RWE und E.ON, die auf die 300 Millionen Euro umfassende EU-Förderung ab 2015 der europaweit zwölf Pilotvorhaben „schielen“. Der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister Austermann hatte bereits im Februar 2008 zusammen mit RWE dafür geworben, dass so ein Pilotvorhaben ausgerechnet in Schleswig-Holstein entstehen könnte und die Weichen auch in Ostholstein für eine CO₂-Endlagerung gestellt – die Zuständigkeit dafür wollte er nach Bergbaurecht in Länderhoheit ansiedeln, obwohl das Bergbaurecht für eine Endlagerung gar nicht greift. Welch eine Verharmlosung des Gefährdungspotentials der CCS-Technologie, die weltweit noch in den Kinderschuhen steckt!

Das Bundeskabinett hat nun zwar am 1. April auf Druck „interessierter Kreise“ einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Erprobung und Entwicklung der so genannten CCS-Technik regeln soll – die Zeit bis Ende Juni, dieses folgenschwere Regelwerk samt Expertenanhörung angemessen im Bundestag zu beraten, halte ich aber für zu knapp und darum utopisch, denn zwischen SPD- und CDU/CSU-Fraktion gibt es reichlich Konflikte zu diesem brisanten Thema: zum Beispiel sieht der Gesetzentwurf vor, dass schon 30 Jahre nach Stilllegung eines CO₂-Speichers die Verantwortung für dessen Risiken auf den Staat übergehen sollen trotz bislang vollkommener Unkenntnis über die Langzeitsicherheit – die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Katharina Reiche brandmarkt diese Regelung als „wirtschaftsfeindliche CCS-Verhinderungsstrategie“ und will die Verantwortlichkeit für die Lagerstätten auf 20 Jahre (!) für die Energieversorger begrenzen – ich hingegen stehe mit vielen SPD-Kollegen dafür, dass selbst 30 Jahre viel zu kurz sind: der Atommüll in Asse lässt grüßen! Das Verursacherprinzip muss gelten – es wäre unverantwortlich, wenn die Unternehmen, die neue Kohlekraftwerke bauen und damit dicke Gewinne einstreichen wollen, gleichzeitig dem Staat und Steuerzahler die finanziellen und ökologischen Risiken überlassen dürften! So wird wohl erst nach der Bundestagswahl eine neue Koalition das Gesetz auf den Weg bringen – und der Bürger muss entscheiden, wem er die Verantwortung dafür anvertrauen will.

BETTINA HAGEDORN,
SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE

Ostholstein wehrt sich gegen CO₂-Endlager

Kreispolitiker fürchten große Einbußen beim Tourismus
Landtags-Grüne warnen vor tödlichen Gefahren

LN-1413, 08

KIEL/EUTIN – Bei den Kreispolitikern in Ostholstein klingeln die Alarmglocken: Gemeinsam laufen sie gegen Pläne Sturm, im Norden des Kreises ein unterirdisches Endlager für 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid einzurichten.

Der Energieversorger RWE hat entsprechende Probebohrungen im Bereich des ehemaligen Kreises Oldenburg beantragt (siehe Karte). Noch im April soll mit den ersten Schallmessungen begonnen werden, wenn alles glattgeht, könnte per Pipeline CO₂ aus Kohlekraftwerken in die Endlager gepumpt werden.

Das aber, so heißt es nun, sei für eine Tourismusregion wie Ostholstein tödlich. Ulrich Rüder, Fraktionschef der CDU im ostholsteinischen Kreistag: „Die Frage muss erlaubt sein, ob ein solches Lager für Kohlendioxid ausgerechnet dort eingerichtet werden muss,

wo das Wohl eines großen Teils der Bevölkerung von einem florierenden Tourismus abhängt.“ Und sein SPD-Kollege Burkhard Klinke ergänzt: „Derartige Planungen lassen sich gegenüber unseren Urlaubern nur schwer vermitteln. Von solchen Projekten sollten wir die Finger lassen.“

Ostholsteins Landrat Reinhard Sager (CDU) zeigte sich

besonders darüber erbost, dass er aus den LN von dem Projekt erfahren musste: „Wir sind bisher überhaupt nicht beteiligt worden“, klagte er.

Die Grünen im Kieler Landtag wollen die RWE-Pläne auf jeden Fall stoppen. „Vor allem beim Transport des flüssigen Kohlendioxids CO₂ durch Pipelines oder auf Tankern besteht die Gefahr schwerer Unfälle“, erklärt Grünen-Energie-Experte

Detlef Matthlessen. „CO₂ ist ein Giftgas, das im menschlichen Körper schlagartig die Aufnahme von Sauerstoff blockiert und zum Erstickungstod führt. Werden durch ein Leck in der Pipeline große Mengen davon frei, kann das katastrophale Folgen haben.“ Die Technik für solch ein Projekt sei noch gar nicht ausgereift.

Die Naturschützer vom BUND haben die Grünen dabei voll auf

ihrer Seite. „Hier will ein Stromkonzern öffentliche Fördermittel abzocken, um neue klimaschädliche Kohlekraftwerke bauen zu können“, wettert BUND-Landeschefin Sybille Macht-Baumgarten. Das Ganze sei eine „klimapolitische Geisterfahrt“, zumal eine ausgereifte Technik zur CO₂-Abscheidung noch gar nicht zur Verfügung stehe.

Das Thema beschäftigt heute auch den Bundesrat in Berlin. Auf der Tagesordnung steht das Klima- und Energiepaket der EU. Das beinhaltet die Aufforderung an die EU-Mitgliedstaaten, die Kohlendioxid-Speicherung bis 2020 zur Einsatzreife zu entwickeln. Für Schleswig-Holstein wird Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) in der Länderkammer sprechen, der die RWE-Pläne unterstützt: „Kohlendioxid unter der Erde ist besser als Kohlendioxid über der Erde.“

mec/wh/pet
Kommentar Seite 2
Berichte Seite 3, Lokales



Hamburger Abendblatt: So wird der Klimakiller weggesperrt

CO₂ - Emission: Schleswig-Holstein will das Gas dauerhaft im Boden bunkern

Von Ulf B. Christen 13. März 2008

"Meilenstein der Entsorgung": In Tiefen von mehr als 1000 Metern soll Kohlendioxid über Millionen von Jahren sicher lagern.

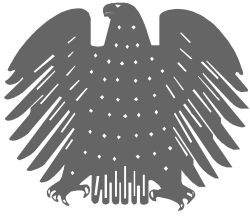
Kiel. Der Energiekonzern RWE möchte in Schleswig-Holstein riesige Mengen des Klimakillers CO₂ in der Erde versenken. Bei der Vorstellung des in der Größenordnung bundesweit einzigartigen Projekts gestern in Kiel nannte der Vorstandschef der RWE Dea AG, Georg Schöning, für mögliche Erdspeicher drei Regionen: Nordfriesland samt Inseln wie Sylt, die küstennahe Nordsee sowie den Südtteil des Kreises Ostholstein bis Lübeck. Schon im Herbst sollen die Bodenuntersuchungen beginnen.

"Das ist ein großartiges Projekt", sagte Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU). "Kohlendioxid unter der Erde ist besser als Kohlendioxid über der Erde." Die CO₂-Speicher (ab 1000 Meter Tiefe) seien über Millionen von Jahren sicher und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, ergänzte Schöning. Der Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hannover), Prof. Hans-Joachim Kumpel, sprach von einem Meilenstein für die CO₂-Entsorgung. "Hier wird das zum ersten Mal in einem industriellen Maßstab geplant." Schöning bestätigte das gern. RWE will zunächst einen Speicher für mindestens 100 Millionen Tonnen CO₂ anlegen. Zum Vergleich: Der bisher einzige Speicher in Deutschland, eine Testanlage in Ketzin (Brandenburg), ist für gerade mal 60 000 Tonnen ausgelegt. Gemessen am CO₂-Ausstoß eines Kohlekraftwerks wäre aber selbst der Super-Speicher im Norden eine Mini-Anlage. Ein Kraftwerk pustet jährlich um die acht Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft und würde den Speicher so in 13 bis 15 Jahren füllen.

Auf einen anderen Haken wies der RWE-Chef selbst hin. In Kraftwerken wird CO₂ bisher nicht gesammelt. Alte Kraftwerke müssten also teurer nachgerüstet werden. Austermann setzt gleich auf eine neue Generation von Kohlemeilern und hat auch schon einen Standort im Auge: das Kieler Ostufer, wo ein Kraftwerk-Neubau ansteht.

Dass RWE in Schleswig-Holstein CO₂ bunkern will, hat mehrere Gründe. Schöning machte deutlich, dass er im Norden politisch offene Türen einläuft, und das nicht nur beim Speicherprojekt. Zum Konzern gehört die Plattform Mittelplate, die in der Meldorfer Bucht und damit im Nationalpark Wattenmeer Öl fördert. Wichtiger als das sind die geologischen Daten. Im Bereich der Ostsee- und der Nordseeküste gibt es in Tiefen bis 2500 Meter eine besondere Gesteinsformation, die Schleswig-Holstein zu einem der begehrtesten Speicherplätze in Europa macht. Der Sandstein ist dort porös, bindet Salzwasser, das durch CO₂ verdrängt werden könnte. Auf dem Speicher liegt zudem eine feste Deckschicht. Für Schleswig-Holstein wäre die CO₂-Einlagerung eine neue Einnahmequelle. RWE müsste für jede im Norden versenkte Tonne Kohlendioxid eine Art Deponieabgabe bezahlen. Und das wäre erst der Anfang. Angesichts des Klimawandels hat ein Wettbewerb der Energiekonzerne um gute Speicherplätze begonnen. Schleswig-Holstein ist als Speicher-Standort zwar nicht konkurrenzlos, hat aber naturgegeben die Nase vorn. Nur in der Mitte des Landes, in einem Streifen von Flensburg über Neumünster bis Norderstedt, ist der Untergrund offenbar zu instabil für große CO₂-Speicher.

Ob der Klimawandel zum Mega-Geschäft wird, ist aber offen. Bereits gestern meldeten sich die Kritiker zu Wort, darunter die mitregierende SPD. Ihr Energieexperte Olaf Schulze bezweifelte die Sicherheit der Speicher und forderte, auf den Neubau von Kohlekraftwerken zu verzichten und dafür auf CO₂-freie Alternativenergien zu setzen.



Pressemitteilung

Berlin, 27.03.08

Hagedorn: „Austermann will Entscheidungen zu möglichen CO2-Speichern und neuen Kohlekraftwerken übers Knie zu brechen!“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn kritisiert die Vorgehensweise von Wirtschaftsminister Austermann zur möglichen Errichtung von unterirdischen CO₂-Lagern in Ostholstein und Nordfriesland als intransparent und vorschnell. Hagedorn: „Es ist sicher kein Zufall, dass Herr Austermann jetzt - da es noch kein fertiges Bundesgesetz zur CCS-Technik gibt – fast ‚durch die kalte Küche‘ auf entscheidende Weichenstellungen für CO₂-Endlager unter den Füßen der Ostholsteiner und Nordfriesen in den beiden wichtigsten Tourismusregionen des Landes drängt. Ohne klare gesetzliche Rahmenbedingungen für diese noch völlig unausgereifte und nicht einmal perspektivisch wirtschaftliche Technik zu haben, soll offenbar mit dem Energiemonopolisten RWE Hand in Hand das argumentative Fundament für dann angeblich ‚umweltfreundliche‘ neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel und Kiel gelegt werden. Entscheidungen solcher Tragweite ‚übers Knie zu brechen‘, ist ganz sicher nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein und Schleswig-Holstein! Anstatt sich für überflüssige Kohlekraftwerke oder längere Laufzeiten für die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel einseitig im Interesse der Energiemonopolisten zu engagieren, sollte Austermann lieber bei E.on auf die Erdverkabelung der drei 110-KV-Trassen im Land drängen, um in Schleswig-Holstein endlich den dort zu verantwortenden Skandal von Windstromblockaden durch Netzengpässe zu beenden. Regenerative, dezentrale Energieanlagen sind und bleiben in Schleswig-Holstein die volkswirtschaftlich und ökologisch vernünftigste Lösung für Bürger ebenso wie für Touristen.“

Wirtschaftsminister Austermann hatte am 11. März auf einer eilig in Kiel anberaumten Veranstaltung Bohrungen des Energieriesen RWE in Ostholstein und Nordfriesland angekündigt – die Einladungen zu dieser Informationsveranstaltung in Kiel landeten verspätet am 12. März (!) bei den Bundestagsabgeordneten, die zeitgleich Sitzungswoche in Berlin hatten. Hagedorn: „Diese Vorgehensweise allein ist gegenüber allen Bundestagsabgeordneten ein Affront, der nur durch übertriebene Hektik oder den mangelnden Willen zur Transparenz zu erklären ist – beides ist unverantwortlich bei einem derartig sensiblen Thema!“

Fakt ist, dass die Bundesregierung zunächst bis Ende 2008 entsprechende EU-Richtlinien zur Regelung der CCS-Technik abwarten will, bevor ein nationales Gesetz vorgelegt wird, das dann voraussichtlich noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden soll. Hagedorn: „Man darf gespannt sein, ob dieser Zeitplan reibungslos klappt, denn die Federführung im Kabinett für das CCS-Gesetz hat Umweltminister Sigmar Gabriel, der bei energiepolitischen Gesetzesvorhaben regelmäßig ‚Gegenwind‘ von Wirtschaftsminister Glos (CSU) erfährt, was erfahrungsgemäß noch nie zur Beschleunigung beigetragen hat.“ Bei der nationalen Gesetzgebung werden die Regelungen zu Boden- und Wasserrecht, Immissionsschutz bei Abscheidung, Transport, Sicherheit, Kosten und Monitoring eine herausragende Rolle spielen – selbstverständlich wird dieses Bundesrecht in allen Ländern

bei möglichen Genehmigungen verbindlich gelten - Landesbehörden sind zwar Prüfungs- und Aufsichtsbehörden, werden aber das Bundesrecht anwenden müssen. Die Energieunternehmen selbst werden ohne einen verbindlichen Rechtsrahmen kaum Investitionen tätigen, um ‚auf der sicheren Seite‘ zu sein. Hagedorn: „Angesichts dieser Rechtslage macht es misstrauisch, dass Minister Austermann in Schleswig-Holstein bei CO₂-Speicher-Erkundungen derartig auf's Tempo drückt und im März im Bundesrat dafür Landesgenehmigungen nach Bergbaurecht gefordert hat – das Bergbaurecht ist aber ausschließlich für eine vorübergehende Einbringung in den Boden anwendbar. Will er die auf Bundesebene zu formulierenden strengen Auflagen im Sinne der Sicherheit für Bürger und Umwelt ‚aushebeln‘?“

Besonders befremdlich sei es angesichts dieser Rechtslage und zeitlichen Abläufe, dass RWE nach eigenen Aussagen bereits „ab 2014 eine Nutzung der CO₂-Speicher in Schleswig-Holstein auf 40 Jahre mit 100 Mio. Tonnen Kohlendioxid“ anstrebt, obwohl nach seriösen Expertenschätzungen die nötige Technik zur CO₂-Abspaltung aus Kohlekraftwerken nicht vor 2020 verfügbar ist. Hagedorn: „Die Technik ist so aufwendig, dass ihr Einsatz die Strompreise mindestens verdoppeln wird, weil die Effizienz der Energieerzeugung fast halbiert wird – das ist das Gegenteil einer ökologisch vernünftigen Energieerzeugung angesichts des Klimawandels. In Wahrheit wird diese noch völlig unausgereifte Technik von RWE und Austermann ins Spiel gebracht, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue, bisher nicht genehmigte Kohlekraftwerke in Kiel und Brunsbüttel unter dem Deckmäntelchen des technischen Fortschritts mit angeblichem Öko-Touch zu erreichen. Kohlekraftwerke sollen bevorzugt in der Nähe möglicher CO₂-Lagestätten und Häfen gebaut werden – so soll das CO₂ über Pipelines quer durchs Land abgeführt und die Kohle über den Seeweg angeliefert werden.“

Diesem Wunschscenario der Energiemonopolisten folgend würden das im Trend eine Verlagerung von Kohlekraftwerken vom Süden und Osten der Republik in den Norden bedeuten. Hagedorn: „Ob dieses Szenario für Schleswig-Holstein von Bürgern und Politikern gewollt ist, wage ich zu bezweifeln. Wenn es Herrn Austermann um die Energiesicherheit im Lande und auch künftig bezahlbare Strompreise geht, wäre es glaubwürdiger, anstatt von neuen Kohlekraftwerken, Pipelines quer durchs Land und CO₂-Speichern in 2500 m Tiefe zu träumen, mit E.ON Tacheles zu reden und die drei 110-kV- Trassen in den Küstenregionen mit Erdkabeln zügig auszubauen, damit der bereits heute CO₂frei erzeugte Strom aus Windkraftanlagen nicht länger durch Netzengpässe blockiert wird, sondern in den Haushalten ankommt. Ein Land mit den Chancen Schleswig-Holsteins bei dezentralen, regenerativen Energien hat es nicht nötig, sich von den Energiemonopolisten mit durchsichtiger Interessenlage durch unausgereifte technische Experimente ködern zu lassen.“

**SPD-Landesparteitag und Landeswahlkonferenz
am 21. u. 22. März 2009 in Elmshorn**

Beschluss E 3

**Finanzielle Förderung Entwicklung von CCS Techniken und
Erschließung von CO₂-Lagern beenden**

Die SPD Schleswig-Holstein lehnt das geplante Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) ab. „Eine Speicherung von CO₂, wie in Ostholstein geplant, wird abgelehnt. Eine Förderung der CCS-Technik mit öffentlichen Mitteln ist unverantwortlich. Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die finanzielle Förderung der Entwicklung von CCS-Techniken und der Erschließung von CO₂-Lagern zu beenden.“ Die Bundestagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Begründung:

Die Kohlenstoffabscheidungstechnologien sind von einer Marktreife weit entfernt, die Zielrichtung der Forschung zu dieser Technologie ist abzulehnen und kann zu keinem akzeptablen Ergebnis führen.

Seitens der Energieversorger wird jedoch der Eindruck erweckt, neue Kohlekraftwerke seien zumutbar, wenn nur die CO₂-Abscheidung gelöst sei. Die SPD Schleswig-Holstein hat dazu eine eindeutige Beschlusslage: Wir wollen bis zum Ende des Jahrhunderts die Nutzung fossiler Energien beenden. Wenn überhaupt und dann auch nur als Übergangslösung wollen wir Kraftwerke mit fossilen Energieträgern nur zulassen, wenn die Abwärme zum Heizen oder als Prozesswärme genutzt werden kann. Und wir lehnen eine Aufstockung der fossilen Kraftwerkskapazitäten in unserem Land ab.

Nach Expertenansicht sind vielfältige Fragen zur CCS-Technik noch längst nicht geklärt, insbesondere die nach dem Endlager. Jedwede Förderung einer solchen Forschung mit öffentlichen Mitteln wird dabei jedoch abgelehnt. Es ist von Sicherheitsrisiken auszugehen, die in besonderem Maße die Menschen in Ostholstein beschäftigen: Welche geochemischen Prozesse finden durch saures CO₂-Wasser-Gemisch statt? Weiten sich Risse auf durch einen Überdruck der CO₂-Injektion? Sind Leckagen ein Problem? Breitet sich verdrängtes Formationswasser seitlich aus? Ein undichtes Endlager wäre fatal!

Die CCS-Technik wirft darüber hinaus Probleme auf

- bei der Verbrennung der Kohle in Kraftwerken
- beim Transport des abgeschiedenen CO₂
- bei der Effizienz/dem Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke, die/der sinkt nämlich mit der CO₂-Abtrennung

Zudem muss CO₂ vor dem Transport verdichtet werden, was wiederum Energie kostet. Unser Ziel ist jedoch die Energieeinsparung!

Rede Dietrich Austermann im Bundesrat, 14. März 2008

Dietrich Austermann (Schleswig-Holstein):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung der Bundesrepublik ist eine der zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik. Das Thema „Energiepolitik“ ist in der heutigen Sitzung bereits mehrfach angesprochen worden. Preiswerte, sicher verfügbare und umweltfreundliche Energie wünschen alle. Man muss sich

allerdings die Rahmenbedingungen ansehen: In der Bundesrepublik ist der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Manche mögen das begrüßen. Ich selbst bedauere es. Wir müssen uns aber an die gegebene Situation gewöhnen und damit umgehen. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass bis zum Jahr 2020 etwa 60 000 Megawatt Stromleistung vom Markt gehen werden. Daher müssen wir Wege finden, die Energieversorgung zu sichern. Die Sicherung der Energieversorgung erzwingt den Neubau von fossil befeuerten Kraftwerken als Brückentechnologie. Dies lässt sich aber nur vermitteln, wenn wir deutlich machen, wie wir weltweit zu einer Reduktion des CO₂ kommen und sicherstellen, dass CO₂ auch bei fossilen Kraftwerken in absehbarer Zeit nicht mehr in die Atmosphäre tritt. Dafür gibt es nach den Erkenntnissen von Wissenschaftlern in Schleswig-Holstein zwei Wege: CO₂ kann auf den Meeresgrund verbracht werden. Damit lässt sich gleichzeitig Methan aus Erdgas herauslösen. Die Alternative besteht darin, CO₂ in sichere, etwa 1 000 Meter unter der Erde gelegene Schichten zu verbringen. Diesen Weg wollen wir in Schleswig-Holstein mit Mineralölunternehmen und Wissenschaftlern erproben. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie über die geologische Speicherung von CO₂ vorgelegt. Darin wird der Weg gewissermaßen vorgegeben. Die Richtlinie muss demnächst in nationales Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung will das tun. Die Debatte darüber, an welcher Stelle CO₂ unterirdisch verbracht wird, geht vorrangig die Länder an. Deswegen müssen wir beteiligt werden. Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Wirtschaftsausschuss eine umfangreiche Stellungnahme dazu vorgelegt, wie wir die Richtlinie mitgestalten wollen. Wir in Schleswig-Holstein haben ein umfangreiches Untersuchungs- und Forschungsprogramm in Zusammenarbeit mit dem Institut für Meereskunde- GEOMAR und Geologen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angekündigt, um herauszufinden, welche Flächen geeignet wären. Das ist Ausdruck unseres Willens, die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung zu unterstützen, aber gleichzeitig eigene Akzente zu setzen. Weil wir mit der Bundesregierung an einem Strang ziehen, erheben wir den Anspruch, die Bedingungen mit zu gestalten. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Landesbehörden fachlich qualifiziert sind, die Fragen der CO₂-Verpressung zu klären. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag hat deutlich gemacht, dass diese Thematik nicht im Abfall-, sondern im Bergrecht anzusiedeln ist. Daher muss es entsprechende Zulassungen geben. Wir wissen, dass die Aufnahmekapazität der unterirdischen Flächen begrenzt ist. Wir möchten unsere Kapazität zunächst für die fossil befeuerten Kraftwerke in unserem Land und in benachbarten Ländern nutzen. Das bedeutet, dass wir uns keine Entscheidungen aufzwingen lassen wollen, die konkrete

Auswirkungen in der Region haben. Wir erwarten für die Verbringung von CO₂ eine an den Landeshaushalt abzuführende Abgabe, wie sie der Bund bei der Vergabe der Emissionszertifikate zu seinen Gunsten erhebt. Das zeigt, dass es Debatten mit dem Bund geben muss. Wir Länder sind bereit, uns der Verantwortung zu stellen. Ich plädiere dafür, dass die Länder gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union berechtigt werden, Vertreter zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien der Kommission und des Rates zu entsenden. Ich bitte, die von uns vorgelegte Empfehlung zu unterstützen. – Herzlichen Dank.



Protest am AKW Krümmel: Wer haftet für die Erblasten der Atomkraft?

KERNKRAFT

Zurück an den Absender

Seit dem neuerlichen Zwischenfall im Kernkraftwerk Krümmel ist die Atomdebatte wieder voll entbrannt. Es geht nicht nur um Störfälle, sondern auch darum, wer die Kosten für strahlende Ruinen und Endlager zahlen soll – die Konzerne oder der Staat?

Karlsruhe ist eine schöne, beschauliche Stadt. Dass hier in der Nachbarschaft, ein paar Kilometer entfernt, Plutonium lagert, das für den Bau von Atombomben reicht, weiß kaum einer. Die Atomsuppe, in der es schwimmt, hat eine Strahlung von 700 Billionen Becquerel. Das ist ein Zwanzigstel der Radioaktivität, die bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ganze Landstriche verseucht hat.

Diese giftige Brühe schwappt in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK). Schon seit langem soll sie verschwinden, sie gilt als extrem gefährlich. Aber auch die nötige Umfüllaktion ist äußerst riskant. 60.000 Liter Atomsuppe sollen aus Edelstahlanks in einen Schmelzofen überführt, bei 1200 Grad Celsius mit Glasperlen verschmolzen

und dann in ein Zwischenlager gebracht werden. Nur so, sind Experten überzeugt, wäre das Material einigermaßen sicher.

Eigentlich sollte genau das in den nächsten Wochen anlaufen. Doch am vergangenen Freitag hat die baden-württembergische Landesregierung kalte Füße bekommen. Einmal mehr ließ sie den Beginn der Umfüllung verschieben.

Das ist symptomatisch für den hilflosen Umgang mit den Erblasten der Kernenergie, und die WAK, 1971 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt, gehört zu den schlimmsten. Sie steht für den Traum einer unbegrenzten Versorgung Deutschlands mit Atomstrom. Die Atomkonzerne versprachen sich von dem Verfahren, aus Atomüll neue Brennstäbe zu machen,

eine sprudelnde Geldquelle. Doch es kam anders. Die deutsche Wiederaufarbeitung floppte, wegen Protesten und Pannen.

Die eine Hälfte des Mülls aus der WAK landete im angeblichen Versuchsendlager Asse II in der Nähe des niedersächsischen Remlingen, die andere verblieb am Stadtrand von Karlsruhe – als tödliche Gefahr. Seit mehr als 20 Jahren muss die selbsterhitzende Brühe auf 25 Grad gekühlt und ständig gerührt werden, sonst droht eine Katastrophe.

Es gibt viele solcher Beispiele. Ob in Karlsruhe, Jülich oder im wilden Endlager Asse, die Ruinen und Reste der Atomwirtschaft sind eine ständige Bedrohung und ein Milliardengrab. Während Deutschland gerade die neuerlichen Pannen beim Be-

trieb des Atomkraftwerks Krümmel debattiert, wachsen still und oft unbemerkt die Gefahren und Kosten der Entsorgung radioaktiv verseuchten Materials.

Doch die Atomkonzerne lässt das Entsorgungsrisiko schon lange kalt. Das Risiko von Unfällen trägt der Staat, und bezahlen dürfen die Bürger. 1991 ließen sich die Konzerne ihren Kostenanteil für die Entsorgung der WAK auf 550 Millionen Euro deckeln. Heute wird mit Kosten von 2,6 Milliarden Euro gerechnet. Sie tauchen auf keiner Stromrechnung auf, sondern sind in den Steuern versteckt. Kein Wunder, dass Atomstrom so billig erscheint.

Um die Frage, ob sich die Gesellschaft eine solche Verantwortungslosigkeit gefallen lassen kann, dreht sich nun ein heftiger Streit in der Berliner Politik. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) verfolgt den Plan, sich die Milliardenbeträge für die nuklearen Hinterlassenschaften von den Energiekonzernen RWE, E.on, Vattenfall und EnBW so gut es geht zurückzuholen. Er fordert eine Kernbrennstoffsteuer von einem Cent pro Kilowattstunde, um Nuklearruinen sicher zu können. Atomkonzerne und CDU/CSU lehnen das ab.

„Die Atomwirtschaft hat diese Schäden, die hier aufgetreten sind, nicht zu verantworten“, sagt der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder, zum Debakel im Bergwerk Asse, wo Salzlauge den Müll deutscher Kernkraftbetreiber zu überfluten droht. Diese Verantwortungslosigkeit hat System.

Ein weiterer Fall sorgloser Atomwirtschaft ist der Forschungsreaktor Jülich. 60 Kilometer von Düsseldorf entfernt wollten einst nicht die großen Konzerne, sondern 15 Stadtwerke am Atomrad drehen. Wie ein U-Boot sieht der Reaktorkern aus, den ihre Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor der Nachwelt hinterlassen hat. Die Stadtwerke träumten in den sechziger Jahren davon, kommunale Kernkraftwerke zu entwickeln. Mit Wissenschaftlern des Jülicher Kernforschungszentrums arbeiteten sie an einem Kugelhaufenreaktor.

Es sollte der erste Reaktortyp mit deutscher Technologie werden, sicherer und umweltfreundlicher als die üblichen Kernkraftwerke. 1967 ging die Versuchsanlage in Betrieb. Inzwischen gilt sie als „einer der problematischsten Reaktoren weltweit“, wie das Darmstädter Öko-Institut feststellt.

In den kommenden Monaten müssen hundert Spezialisten in Jülich eine ebenso spektakuläre wie teure Entsorgungsaktion durchziehen. Der Reaktorkern ist mit hohen Mengen radioaktiver Isotope wie Cäsium-137 und Strontium-90 verseucht. Zudem schlummert in seinem Innersten eine tückische Fracht: 198 kugelförmige Brennelemente, teilweise mit hochangereichertem Uran, die sich verhardt haben und nicht mehr herausholen lassen.

In zwei Jahren soll der Kern in einem eigens gebauten Zwischenlager auf dem

Gelände des Forschungszentrums eingeschlossen werden. Es ist einer der kompliziertesten und gefährlichsten Rückbauten einer Atomanlage, den die Welt bislang gesehen hat. Ein ganzer Reaktorkern, 2100 Tonnen schwer, wird aus seinem Gehäuse herausgeschnitten. Sieben Spezialkräne wuchten den 26 Meter hohen Koloss in die Horizontale und betten ihn dann auf einen gigantischen Luftkissenschlitten.

Der Reaktor ist im Inneren dermaßen radioaktiv kontaminiert, dass die Auftragstrupps ihn noch nicht zerlegen und in Behälter einschweißen können. Seine Strahlung soll hinter tonnenschweren Betonwänden auf dem Forschungsgelände 30 bis 60 Jahre abklingen, bevor Sägeroboter ans Werk gehen könnten. Laut einer neue-

der Reaktorhülle wären demnach möglich gewesen. Verfasst hat das brisante Papier Rainer Moormann, Sicherheitsexperte und bis März Mitarbeiter im Institut für Sicherheitsforschung und Reaktortechnik des Forschungszentrums Jülich (FZJ).

Die Enthüllung hat Moormann viel Ärger eingebracht, von ehemaligen Kollegen und Anhängern der Kugelhaufentechnologie. Die Spanne der Beschimpfungen, sagt er, reiche von „Nestbeschmutzer“ bis „geisteskrank“. Seinen Bericht hat er inzwischen mit der Genehmigung des FZJ veröffentlicht. Den Reaktor wegen des bauartbedingten Sicherheitsrisikos vorzeitig stillzulegen kam den Betreibern nicht in den Sinn, auch nicht, als 1978 rund 30 Kubikmeter Wasser aus einem leckenden Rohr in den Reaktor tropften. Es wurde nur abgepumpt. Selbst dabei passierten Fehler. Ein Teil des Wassers lief durch eine Bodenfuge ins Grundwasser. 21 Jahre später wurde bei einer Routinemessung in einem Regenwasserkanal Strontium-90 aufgespürt.

Zwar betonen die Betreiber und die nordrhein-westfälische Atomaufsicht, es bestehe kein Sicherheitsrisiko. Doch bei der Entsorgung gaben sie 2003 die Verantwortung ab. Der Rückbau bis zur „grünen Wiese“, wie es das Atomgesetz vorschreibt, ging im Auftrag der Bundesregierung an Spezialisten über, die ihr Know-how bereits bei der Stilllegung ostdeutscher Reaktoren bewiesen haben. Die bundeseigenen Energiewerke Nord (EWN) haben den Reaktor zwischenzeitlich mit mehr als 500 Kubikmeter Porenleichtbeton ausgefüllt. Damit seien Gefahren für Mensch und Umwelt ausgeschlossen worden, sagt EWN-Chef Dieter Rittscher.

Wie bei der Anlage in Karlsruhe sind auch in Jülich die Kosten der Entsorgung explodiert: Am Anfang wurden 34 Millionen D-Mark veranschlagt, inzwischen ist von 500 Millionen Euro die Rede – allein für die Reaktorentsorgung. Die 15 Stadtwerke, die das Projekt initiierten, sind aber weitgehend aus dem Schneider.

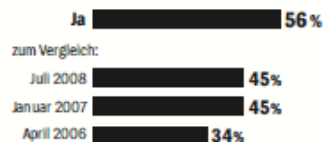
Es ist immer dasselbe Muster: Erst befeuerten Unternehmen Atomprojekte aus Profitgründen, dann ließen sie den Staat mit der Verantwortung allein.

Im sogenannten Versuchsendlager Asse hielt die Große Koalition anfangs 850 Millionen Euro für ausreichend, um den radioaktiven Müll sicher zu verwahren. Inzwischen spricht Gabriel von zwei bis vier Milliarden Euro, weil das Bundesamt für Strahlenschutz auch prüft, den Müll wieder ans Tageslicht zu holen. Die Antwort der Atomwirtschaft: Mangels Mitverantwortung, sagt Cheflobbyist Hohlefelder, gebe es „auch keine finanzielle Beteiligung“.

Ähnlich verhält es sich beim früheren DDR-Endlager Morsleben, in dem nach der Wiedervereinigung 22300 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Strahlmüll aus der westdeutschen Atomwirtschaft landeten. Experten hatten nach der

SPiegel-UMFRAGE
Atomausstieg

„Sind Sie für einen Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie in Deutschland?“



TNS-Forschung: 1000 Befragte am 14. und 15. Juli; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“



Umweltminister Gabriel*
Teure Atomsuppe

ren Analyse liegt die Verstrahlung an extremen Versuchen und unangereiften Brennelementen. Zudem soll der Reaktor in unkontrollierten, zu hohen Temperaturbereichen betrieben worden sein.

Das Bundesumweltministerium geht seit einigen Wochen der Frage nach, ob Betreiber und Atomaufsicht in Nordrhein-Westfalen versagt haben. Anlass für die Recherchen ist auch eine wissenschaftliche Analyse, die nahelegt, dass der Reaktor wohl nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt ist. Sowohl unkontrollierte Kettenreaktionen im Reaktorkern als auch Explosionen mit einer Beschädigung

* Mit dem Präsidenten des Bundesamts für Strahlenschutz, Wolfram König.



Atommülllager Asse: Organisierte Verantwortungslosigkeit

Wende Zweifel an der Eignung des ehemaligen Bergwerks als Atomkippe. Doch das Verlangen der Konzerne nach billigen Entsorgungsmöglichkeiten war groß.

Wohl deshalb setzte sich die Regierung Kohl über Bedenken hinweg. Druck machte die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel. Erst eine Klage von Greenpeace und der Umweltorganisation BUND stoppte 1998 das Treiben.

Inzwischen will Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, die einsturzfähigste Hinterlassenschaft mit fünf Millionen Tonnen Spezialbeton fluten. Das soll den Steuerzahler 2,2 Mil-

liarden Euro kosten. Für die Atomindustrie aber hat sich die Entsorgung gelohnt. Nur 138 Millionen Euro Gebühren zahlte sie, um ihren radioaktiven Abfall zwischen 1994 und 1998 in Morsleben zu lagern, gerade mal sechs Prozent der Stilllegungskosten.

Immerhin eine Lehre aus diesen Fällen hat der Staat gezogen. Für den Rückbau von Kernkraftwerken zahlen die Betreiber selbst (siehe Seite 54). Und um die Ex-and-hopp-Mentalität einzugrenzen, soll für künftige Endlagerprojekte das Verursacherprinzip gelten. Im Schacht Konrad sollen ab 2014 schwach- und mittelradioaktive Abfälle verschwinden. Die Kosten von

1,8 Milliarden Euro werden entsprechend des Aufkommens zu zwei Dritteln von der Stromwirtschaft getragen.

Viel teurer wird es, den hochradioaktiven Müll der Kernkraftwerke zu entsorgen. Er macht vom Volumen her nur einen Bruchteil aus, aber dafür ist er umso gefährlicher. Das macht die Frage nach einem Standort so heikel – denn wer kann seriös Prognosen abgeben über einen Zeitraum von einer Million Jahren? Die deutsche Atomlobby sicherlich nicht.

Um Geld für die Suche nach dem am besten geeigneten Standort zu sparen, dringt die Branche nun darauf, das Erkundungsbergwerk Gorleben schnellstmöglich zum offiziellen Endlager zu erklären. Dort haben die Konzerne bereits 1,5 Milliarden Euro investiert, die sie bei späterem Betrieb mit Gebühren für die Einlagerung verrechnen dürften – ein Schnäppchen.

Obwohl noch gar nicht klar ist, wie das spätere Endlager beschaffen sein soll und was es kosten wird, spricht Atomlobbyist Hohlfelder bereits von einer Gesamtsumme, die die Atomwirtschaft investieren werde: 3,5 bis 4 Milliarden Euro. Die Erfahrungen von Karlsruhe, Jülich, Asse und Morsleben legen aber nahe, dass es am Ende um ganz andere Kostendimensionen gehen wird. Wer käme zum Beispiel für eine Rückholung des Atom Mülls in hundert Jahren auf, wenn Konzerne wie Vattenfall möglicherweise gar nicht mehr existieren?

Das macht den Vorstoß von Minister Gabriel für die Kernbrennstoffsteuer so brisant. Die SPD will die Entsorgungskosten weitgehend den Verursachern aufbürden: zurück an den Absender. Die Steuer wäre ein Instrument, um den Atomkonzernen die realen Kosten für ihre Branche in Rechnung zu stellen. Sie würde nicht den Strom verteuern, sondern die Rendite der Unternehmen schmälern, sagt Gabriel.

Die CDU/CSU verfolgt ein anderes Konzept. Sie verspricht ausgerechnet mit Hilfe verlängerter Atomlaufzeiten eine nunmehr grüne Energieutopie. Die Atomprofite sollten größtenteils abgeschöpft und in Energieforschung investiert werden, heißt es im Wahlprogramm der Union.

Angesichts der organisierten Verantwortungslosigkeit der Atombranche liegt die Frage nahe, warum der Staat nicht beides durchsetzen sollte: Die Profite aus den Restlaufzeiten der Kernkraftwerke dazu nutzen, sowohl die Entsorgung der zahlreichen Altlasten als auch den Aufbau von Ökoenergien zu finanzieren.

Frisches Geld für erneuerbare Energien, die im Gegensatz zur Atomkraft keine Erblast für Millionen Jahre produzieren, ist dringend nötig. Auch 2009 gibt die Bundesregierung für die Erforschung von Energiealternativen weniger Geld aus als für den Rückbau kerntechnischer Anlagen.

MARKUS DEGGERICH, FRANK DOHMEN, MICHAEL FRÖHLINGSDORF, BARBARA SCHMID, CHRISTIAN SCHWÄGERL, SAMIHA SHAFY

Teure Atomruinen

Aktive Kernkraftwerke und Atommülllager in Deutschland sowie Zeitplan und Kosten für ausgewählte Projekte zur Entsorgung nuklearer Altlasten

